

Den Frieden verhandeln, Kiews Sicherheit garantieren

Für einen Plan B im Ukrainekrieg

von [Richard Haass](#), [Charles A. Kupchan](#)

n den USA wird zunehmend über ein mögliches Ende des Ukrainekrieges debattiert. Die wachsenden Spannungen mit China um eine drohende gewaltsame Einverleibung Taiwans, aber auch der bevorstehende US-Präsidentschaftswahlkampf im kommenden Jahr wecken in Washington Zweifel, ob eine langjährige militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine möglich oder im Sinne amerikanischer Interessen wünschenswert sei. Wir dokumentieren an dieser Stelle eine Intervention in diese Debatte, der schon aufgrund der Prominenz ihrer Autoren große Bedeutung zukommt: Der Diplomat Richard N. Haass amtierte bis Anfang Juni als Präsident des einflussreichen Thinktanks „Council on Foreign Relations“ und war zuvor u.a. Berater des republikanischen Verteidigungsministers Colin Powell. Der Politikwissenschaftler Charles Kupchan ist der ehemalige Europa-Chefberater von Präsident Barack Obama. Ihr Beitrag erschien unter dem Titel „The West Needs a New Strategy in Ukraine“ am 13. April auf www.foreignaffairs.com. Die Übersetzung stammt von Steffen Vogel.

Nach mehr als einem Jahr läuft der Krieg deutlich besser für die Ukraine, als die meisten vorhergesagt haben. Russlands Versuch, seinen Nachbarn zu unterwerfen, ist gescheitert. Die Ukraine bleibt eine unabhängige, souveräne, funktionierende Demokratie, die gut 85 Prozent jener Gebiete hält, die sie vor der russischen Invasion von 2014 kontrollierte. Gleichzeitig lässt sich die weitere Entwicklung des Krieges nur schwer mit Zuversicht betrachten. Die schon jetzt enormen menschlichen und wirtschaftlichen Kosten werden weiter steigen, da Moskau wie Kiew ihre nächsten Züge auf dem Schlachtfeld vorbereiten. Das russische Militär dürfte ob seiner zahlenmäßigen Überlegenheit die größeren operativen Fähigkeiten und die größere Moral der Ukraine sowie ihren Zugang zu westlicher Unterstützung zu kontern vermögen. Dementsprechend ist das wahrscheinlichste Ergebnis dieses Konflikts kein vollständiger Sieg der Ukraine, sondern ein blutiges Patt.

Verständlicherweise werden vor diesem Hintergrund die Forderungen nach einer diplomatischen Beendigung des Konflikts lauter. Aber da Moskau wie Kiew angekündigt haben, weiterzukämpfen, sind die Bedingungen für eine Verhandlungslösung noch nicht gegeben. Russland wirkt entschlossen, ein größeres Stück des Donbass zu besetzen. Die Ukraine scheint einen Angriff vorzubereiten, um die Landbrücke zwischen dem Donbass und der Krim zu zerstören. Das würde, wie Präsident Wolodymyr Selenskyj oft beteuert, den Weg dafür bereiten, die russischen Truppen vollständig zu verjagen und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.

Der Westen benötigt einen Ansatz, der diesen Realitäten Rechnung trägt, ohne dabei seine Prinzipien zu opfern. Der beste Weg dahin ist eine sequenzierte zweigleisige Strategie: Zuerst gilt es, die militärischen Fähigkeiten der Ukraine zu stärken und dann, sobald gegen Ende des Jahres die Kampfsaison ausläuft, Moskau und Kiew vom Schlachtfeld an den Verhandlungstisch zu führen. Der Westen sollte also erstens sofort den Strom an Waffen in die Ukraine beschleunigen und deren Quantität wie Qualität steigern. Das Ziel dabei sollte sein, die Verteidigung der Ukraine zu stärken, zugleich ihre Offensive so erfolgreich wie

möglich zu machen, Russland schwere Verluste aufzuerlegen, Moskau militärische Möglichkeiten zu verbauen und seine Bereitschaft zu erhöhen, eine diplomatische Lösung zu erwägen. Nach dem Ende der ukrainischen Offensive könnte sich auch Kiew für die Idee einer Verhandlungslösung erwärmen, nachdem es auf dem Schlachtfeld sein Bestes gegeben hat und sich wachsenden Beschränkungen der eigenen militärischen Stärke wie der auswärtigen Hilfe gegenüber sieht. Das zweite Gleis der westlichen Strategie sollte darin bestehen, später im Jahr einen Plan vorzustellen, um einen Waffenstillstand auszuhandeln und, darauf aufbauend, einen Friedensprozess einzuleiten, der auf ein dauerhaftes Ende des Konfliktes zielt. Dieser diplomatische Schachzug könnte durchaus scheitern. Selbst wenn Russland und die Ukraine weiterhin bedeutende Verluste erleiden, könnte eine Seite – oder beide – die Fortsetzung des Kampfes bevorzugen. Aber da die Kosten des Krieges steigen und die Aussicht auf ein militärisches Patt droht, lohnt es sich, auf eine dauerhafte Waffenruhe zu drängen, die einen erneuerten Konflikt verhindern und, besser noch, den Boden für einen anhaltenden Frieden bereiten könnte.

Der nicht enden wollende Krieg

Derzeit ist eine diplomatische Lösung des Konflikts außer Reichweite. Russlands Präsident Wladimir Putin sorgt sich wahrscheinlich, dass die Russen ihm vorwerfen werden, einen teuren, sinnlosen Krieg begonnen zu haben, sollte er die Kämpfe jetzt beenden. Schließlich kontrollieren die russischen Truppen keinen der vier Oblaste vollständig, die Moskau im vergangenen September unilateral annektiert hat. Die Nato ist größer und stärker geworden und die Ukraine mehr von Russland entfremdet denn je. Es scheint, als glaube Putin, die Zeit auf seiner Seite zu haben, als spekuliere er darauf, dass er die Wirtschaftssanktionen überstehen kann, die Russlands Wirtschaft bisher nicht abwürgen konnten. Auch setzt er auf anhaltenden Zuspruch für den Krieg, den laut Umfragen des Lewada-Zentrums mehr als 70 Prozent der Russen nach wie vor unterstützen. Putin zweifelt am Durchhaltevermögen der Ukraine und ihrer westlichen Unterstützer und erwartet, dass deren Entschlossenheit schwinden wird. Und er rechnet damit, dass Russland weitere Gebietsgewinne machen kann, sobald die neuen Rekruten in den Kampf eintreten. Dann könnte er bei einem Ende der Kämpfe verkünden, er habe Russlands Grenzen wesentlich erweitert.

Auch der Ukraine steht der Sinn nicht nach einer Einigung. Verständlicherweise sind die Führung des Landes und die Öffentlichkeit gleichermaßen bestrebt, die vollständige Kontrolle über alle Gebiete wiederzuerlangen, die Russland seit 2014 besetzt hat, einschließlich der Krim. Die Ukrainer wollen Moskau zudem für die Kriegsverbrechen der russischen Truppen zur Verantwortung ziehen und die gewaltigen Wiederaufbaukosten zahlen lassen. Außerdem hat Kiew allen Grund daran zu zweifeln, dass Putin sich an ein Friedensabkommen halten würde. Die ukrainische Führung fragt daher nicht nach diplomatischen Interventionen aus dem Westen, sondern nach mehr militärischer und wirtschaftlicher Hilfe. Die USA und Europa haben in einem beträchtlichen Ausmaß Geheimdienstinformationen, Ausbildung und Material zur Verfügung gestellt, aber vor der Lieferung noch leistungsstärkerer Waffensysteme wie Langstreckenraketen und moderne Kampfflugzeuge Halt gemacht. Dies geschah aus der Sorge, Russland zu einer Eskalation zu verleiten, sei es nun durch den Einsatz einer Atomwaffe in der Ukraine oder durch den vorsätzlichen Angriff auf die Truppen oder das Territorium eines Nato-Mitglieds.

Obschon Washington zu Recht das Eskalationsrisiko im Auge behält, sind diese Befürchtungen übertrieben. Der Westen ist gefangen zwischen den Zielen, sowohl ein katastrophales Scheitern zu verhindern (bei dem eine mit Waffen unterversorgte Ukraine von Russland geschluckt wird) als auch einen katastrophalen Erfolg (bei dem eine mit Waffen

überversorgte Ukraine einen in die Ecke gedrängten Putin zur Eskalation treibt). Doch lässt sich nur schwer erkennen, was Russland bei einer Eskalation gewinnen würde. Eine Ausweitung des Krieges durch einen Angriff auf ein Nato-Mitglied wäre nicht in Russlands Interesse, da das Land schon kaum mit der Ukraine allein fertig wird und seine Streitkräfte nach über einem Jahr Krieg stark erschöpft sind. Auch der Einsatz von Atomwaffen würde ihm keinen guten Dienst erweisen, da dies wahrscheinlich zu einem direkten Kriegseintritt der Nato und einer Dezimierung der russischen Stellungen in der ganzen Ukraine führen würde. Es könnte auch für eine Entfremdung von China und Indien sorgen, die beide Russland vor dem Einsatz von Atomwaffen gewarnt haben.

Jedoch ist die Unwahrscheinlichkeit eines Einsatzes von Nuklearwaffen nicht der einzige Grund, warum der Westen Russlands Gehabe außer Acht lassen sollte: Gibt er einer atomaren Erpressung nach, wäre das auch ein Signal an andere Länder, dass solche Drohungen wirken. Das würde die Nichtverbreitungsagenda zurückwerfen und die Abschreckung schwächen. China könnte beispielsweise zu dem Schluss kommen, dass Drohungen mit Atomwaffen die USA davon abschrecken würden, Taiwan bei einem chinesischen Angriff zu Hilfe zu eilen. Es wird daher Zeit, dass der Westen sich nicht länger selbst abschreckt und der Ukraine die Panzer, Langstreckenraketen und anderen Waffen gibt, die sie braucht, um in den kommenden Monaten mehr von ihrem Territorium wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Mehrere europäische Länder haben Leopard-Panzer geliefert und die USA haben 31 Abrams-Panzer zugesagt, die im Herbst eintreffen sollen. Aber auf beiden Seiten des Atlantiks sollten die Regierungen Umfang und Geschwindigkeit der Lieferungen steigern. Weitere Panzer würden die Fähigkeit der ukrainischen Armee erweitern, Russlands Verteidigungslinien im Süden der Ukraine zu durchbrechen. Langstreckenraketen – die ATACMS, die zu liefern sich die USA bislang weigern – würden es der Ukraine gestatten, russische Stellungen, Kommandoposten und Munitionsdepots weit in russisch besetzten Gebieten zu treffen und so einer erfolgreicher ukrainischen Offensive den Weg bereiten. Die US-Armee sollte auch mit der Ausbildung ukrainischer Piloten an F-16-Kampfflugzeugen beginnen. Das Training würde zwar Zeit kosten, aber ein sofortiger Beginn würde es den USA erlauben, moderne Kampfflugzeuge zu liefern, sobald die Piloten so weit sind – und damit Russland signalisieren, dass es mit der Kriegsführungsfähigkeit der Ukraine aufwärts geht.

Wie weiter nach dem Patt?

Doch so hilfreich eine größere militärische Unterstützung des Westens sein würde, kann sie doch kaum den grundlegenden Umstand verändern, dass dieser Krieg auf ein Patt zusteuert. Selbstverständlich ist es möglich, dass sich die ukrainische Offensive als erstaunlich erfolgreich erweist und dem Land gestattet, alle besetzten Gebiete einschließlich der Krim zurückzuerobern, was zu einer vollständigen russischen Niederlage führen würde. Aber ein solcher Ausgang ist unwahrscheinlich. Selbst wenn der Westen seine militärische Unterstützung steigert, dürfte es der Ukraine nicht gelingen, die russischen Streitkräfte zu bezwingen. Ihr gehen die Soldaten und die Munition aus und ihre wirtschaftliche Lage verschlechtert sich weiter. Die russischen Truppen haben sich eingegraben und neue Rekruten sind auf dem Weg an die Front. Mehr noch: Sollte die militärische Lage für Moskau prekär werden, ist es durchaus möglich, dass China Russland mit Waffen versorgen würde, entweder direkt oder über Drittstaaten. Der chinesische Präsident Xi Jinping hat eine große, langfristige Wette auf Putin abgeschlossen und wird nicht tatenlos zusehen, wie Russland eine entscheidende Niederlage erleidet. Xis Besuch in Moskau im März deutet stark darauf hin, dass er seine Partnerschaft mit Putin nicht lösen, sondern bekräftigen will. Xi könnte auch darauf spekulieren, dass er mit Militärhilfen an Russland ein überschaubares Risiko eingeht.

Schließlich entkoppelt sein Land sich bereits vom Westen, und die US-Politik gegenüber China scheint ohnehin härter zu werden – ganz gleich, wie stark Peking Moskau unterstützt.

Verstärkte westliche Militärhilfe für die Ukraine wird daher zwar den ukrainischen Streitkräften auf dem Schlachtfeld helfen, aber Kiew wohl kaum befähigen können, die territoriale Integrität des Landes vollständig wiederherzustellen. Gegen Ende des Jahres wird es wahrscheinlich zu einem neuen Patt entlang einer neuen Kontaktlinie kommen. Sobald dies passiert, stellt sich eine offensichtliche Frage: Was nun?

Weiter so wie bisher ergibt in einer solchen Situation wenig Sinn. Selbst aus ukrainischer Sicht wäre es unklug, verbissen weiter auf einen vollständigen militärischen Erfolg zu setzen, der sich als Pyrrhussieg erweisen könnte. Die ukrainische Armee hat bereits über 100 000 Frauen und Männer verloren, darunter viele ihrer besten Soldatinnen und Soldaten. Die Wirtschaft des Landes ist um rund 30 Prozent geschrumpft, die Armutsquote erreicht neue Höhen und Russland bombardiert weiterhin die kritische Infrastruktur des Landes. Etwa acht Millionen Menschen sind aus dem Land geflohen, weitere Millionen sind Binnenvertriebene. Die Ukraine sollte für Ziele, die wahrscheinlich unerreichbar sind, nicht ihre Selbstzerstörung riskieren.

Am Ende dieser Kampfsaison werden auch die USA und Europa gute Gründe für eine Abkehr von ihrer erklärten Politik haben, die Ukraine – in den Worten von US-Präsident Joe Biden – „so lange wie nötig“ zu unterstützen. Die Ukraine als souveräne und sichere Demokratie zu bewahren, ist ein vorrangiges Ziel. Dafür muss das Land aber nicht kurzfristig die vollständige Kontrolle über die Krim und den Donbass zurückerlangen. Auch sollte sich der Westen nicht sorgen, wenn er vor der Rückeroberung des gesamten ukrainischen Staatsgebietes auf einen Waffenstillstand drängt – das wird nicht zum Zusammenbruch der regelbasierten internationalen Ordnung führen. Die Tapferkeit der Ukraine und die Entschlossenheit des Westens haben bereits Russlands versuchte Unterwerfung seines Nachbarlandes scheitern lassen, Moskau eine entscheidende strategische Niederlage beigebracht und anderen Mächtegern-Revisionisten demonstriert, dass territoriale Eroberung ein teures und verzwicktes Unterfangen sein kann.

Ja, es ist wichtig, die russischen Gewinne zu minimieren und zu zeigen, dass sich Aggression nicht auszahlt, aber dieses Ziel muss gegen andere Prioritäten abgewogen werden. Tatsächlich birgt eine fortgesetzte groß angelegte Unterstützung Kiews weitreichende strategische Risiken: Der Krieg untergräbt die militärische Bereitschaft des Westens und leert seine Waffenlager, die Waffenindustrie kann mit dem ukrainischen Verbrauch an Material und Munition nicht Schritt halten. Zudem können die Nato-Länder die Möglichkeit direkter Kampfhandlungen mit Russland nicht ausschließen, und die USA müssen sich auf potentielle Militäraktionen in Asien (zur Abschreckung oder als Antwort auf chinesische Schritte gegen Taiwan) und im Nahen Osten (gegen den Iran oder terroristische Netzwerke) vorbereiten.

Der Krieg erlegt auch der Weltwirtschaft hohe Kosten auf. Er hat Lieferketten unterbrochen, zu hoher Inflation sowie zu Energie- und Lebensmittelknappheit beigetragen. Die OECD schätzt, dass der Krieg die globale Wirtschaftsleistung dieses Jahr um 2,8 Bill. US-Dollar senken wird. Von Frankreich über Ägypten bis Peru lösen die ökonomischen Zwänge politische Unruhen aus. Der Krieg führt überdies zu einer Polarisierung im internationalen System. Während die geopolitische Rivalität zwischen den westlichen Demokratien und einer chinesisch-russischen Koalition die Wiederkehr der Blockkonfrontation heraufbeschwört, steht der überwiegende Rest der Welt abseits und bevorzugt die Blockfreiheit gegenüber der Verwicklung in eine neue Ära der Ost-West-Konkurrenz. Vom Krieg in der Ukraine

verbreitet sich Unordnung nach außen. Vor diesem Hintergrund können weder die Ukraine noch ihre Nato-Unterstützer die Einheit des Westens als selbstverständlich betrachten. Entscheidend für das Durchhaltevermögen der Europäer ist die Entschlossenheit der Amerikaner, aber Washington sieht sich wachsendem politischem Druck gegenüber, die Staatsausgaben zu senken, die militärische Bereitschaft der USA wiederaufzubauen und ihre Möglichkeiten in Asien zu stärken. Da die Republikaner mittlerweile das Repräsentantenhaus kontrollieren, wird es der Biden-Administration schwerer fallen, umfangreiche Hilfspakete für die Ukraine abzusichern. Und die Ukrainepolitik dürfte sich erheblich ändern, sollten die Republikaner 2024 das Rennen ums Weiße Haus gewinnen. Es ist daher Zeit für einen Plan B.

Plan B: Vom Waffenstillstand zum Friedensabkommen

Angesichts des wahrscheinlichen Kriegsverlaufs müssen die USA und ihre Partner nun ein diplomatisches Finale in die Wege leiten. Während die Nato-Mitglieder noch ihre militärische Unterstützung für die ukrainische Offensive erhöhen, sollte Washington Beratungen mit seinen europäischen Verbündeten und mit Kiew aufnehmen, um eine diplomatische Initiative zum Jahresende vorzubereiten. Dabei würden die westlichen Unterstützer der Ukraine einen Waffenstillstand vorschlagen, sobald die Offensive an ihre Grenzen stößt. Idealerweise würden dann die Ukraine wie Russland ihre Truppen und schweren Waffen von der neuen Kontaktlinie zurückziehen und so faktisch eine demilitarisierte Zone schaffen. Eine neutrale Organisation – entweder die UN oder die OSZE – würde Beobachter entsenden, die den Waffenstillstand und den Rückzug überwachen und durchsetzen. Der Westen sollte andere einflussreiche Länder, darunter China und Indien, dazu bewegen, diesen Vorschlag für einen Waffenstillstand zu unterstützen. Das würde zwar die diplomatischen Bemühungen komplizierter machen, aber die Akzeptanz durch Peking und Neu-Delhi würde den Druck auf den Kreml erhöhen. Sollte China dem Waffenstillstand hingegen seine Unterstützung versagen, würde dies Xis anhaltende Forderungen nach einer diplomatischen Offensive als leere Geste entlarven.

Falls der Waffenstillstand hält, sollten Friedensgespräche folgen. Diese sollten auf zwei Spuren parallel stattfinden. Eine Spur wären direkte, von internationalen Vermittlern ermöglichte Gespräche zwischen der Ukraine und Russland über die Bedingungen für einen Frieden. Auf der zweiten Spur würden die Nato-Verbündeten in einen strategischen Dialog mit Russland über Waffenkontrolle und die größere europäische Sicherheitsarchitektur eintreten. Putins Versuch, die Sicherheitsordnung aus der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges zu beseitigen, ist nach hinten losgegangen und hat die Nato gestärkt. Aber dieser Umstand macht einen konstruktiven Dialog zwischen der Nato und Russland nur noch nötiger, um ein neues Wettrüsten zu verhindern, die Kontakte zwischen den Militärführungen wiederherzustellen und andere Fragen von gemeinsamem Interesse anzusprechen, darunter die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Ein gutes Vorbild bieten die Zwei-plus-Vier-Gespräche, die den Kalten Krieg zu beenden halfen: Ost- und Westdeutschland verhandelten direkt über ihre Vereinigung, während die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion die größere Sicherheitsarchitektur für die Zeit nach dem Kalten Krieg aushandelten.

Sollten der Ukraine im Sommer Gewinne auf dem Schlachtfeld gelingen, so ist es zumindest plausibel, dass Putin einen Waffenstillstand und einen Friedensplan als gesichtswahrenden Ausweg betrachten würde. Um dies noch verlockender zu machen, könnte der Westen eine begrenzte Lockerung der Sanktionen anbieten, wenn Russland sich im Gegenzug an den Waffenstillstand hält, einer demilitarisierten Zone zustimmt und sich ernsthaft an Friedensverhandlungen beteiligt. Es ist natürlich vorstellbar, dass Putin einen Waffenstillstand

ablehnt – oder ihm nur zustimmt, um seine Armee wiederaufzubauen und später einen erneuten Versuch zu unternehmen, die Ukraine zu erobern. Aber mit dem Versuch, Moskaus Kompromissbereitschaft zu testen, wäre wenig zu verlieren. Unabhängig von Russlands Antwort würde der Westen die Ukraine weiterhin mit den Waffen versorgen, die sie langfristig zu ihrer Verteidigung benötigt, und so dafür sorgen, dass eine Kampfpause nicht Russland begünstigt. Und falls Russland einen Waffenstillstand ablehnt (oder ihn akzeptiert und dann bricht), würde diese Unnachgiebigkeit seine diplomatische Isolation untermauern, das Sanktionsregime stützen und die Unterstützung für die Ukraine in den USA und Europa verstärken.

Möglich ist auch, dass Russland einem Waffenstillstand zustimmt, um seine verbliebenen Gebietsgewinne einzustreichen, tatsächlich aber keine Absicht hat, in Verhandlungen ein belastbares Friedensabkommen zu erreichen. Vermutlich würde die Ukraine in solchen Verhandlungen ihre wichtigsten Prioritäten einfordern: die Wiederherstellung ihrer Grenzen von 1991, substantielle Reparationen und Rechenschaft für Kriegsverbrechen. Aber da Putin diese Forderungen sicher kurzerhand zurückweisen würde, käme es zu einem langwierigen diplomatischen Stillstand, der faktisch einen neuen eingefrorenen Konflikt erzeugen würde. Idealerweise würde der Waffenstillstand halten und zu einem Status quo wie jenem auf der koreanischen Halbinsel führen, der seit 70 Jahren ohne einen formalen Friedensvertrag weitgehend stabil geblieben ist. Auch Zypern ist seit Jahrzehnten geteilt, aber stabil. Das wäre kein ideales Ergebnis, aber besser als ein jahrelanger Krieg von hoher Intensität.

Sicherheitsgarantien für die Ukraine

Kiew davon zu überzeugen, bei einem Waffenstillstand und ungewissen diplomatischen Bemühungen mitzugehen, könnte sich als nicht weniger herausfordernd erweisen, als Moskau dazu zu bewegen. Viele Ukrainer würden diesen Vorschlag als faulen Kompromiss betrachten und fürchten, dass die Waffenstillstandslinien bloß zu neuen De-facto-Grenzen würden. Selenskyj müsste seine Kriegsziele dramatisch reduzieren, nachdem er seit den ersten Kriegsmonaten den Sieg versprochen hat – selbst für die talentiertesten Politiker keine einfache Aufgabe. Aber Kiew könnte schließlich viel Begrüßenswertes in dem Plan entdecken. Auch wenn das Ende der Kämpfe eine neue Kontaktlinie zwischen Russland und der Ukraine einfrieren würde, sähe sich Kiew nicht aufgefordert oder gedrängt, sein Ziel der Rückeroberung allen Landes einschließlich der Krim und des Donbass aufzugeben. Vielmehr besteht der Plan darin, die Einigung über den Status des Landes und der Menschen unter russischer Besatzung zurückzustellen. Kiew würde auf den Versuch verzichten, diese Gebiete jetzt mit Gewalt zurückzuerobern – was sicher teuer wäre und wahrscheinlich scheitern würde –, und stattdessen akzeptieren, dass die Wiederherstellung der territorialen Integrität auf einen diplomatischen Durchbruch warten muss. Ein solcher Durchbruch könnte erst dann möglich sein, wenn Putin nicht mehr an der Macht ist. In der Zwischenzeit könnten die westlichen Regierungen versprechen, die Sanktionen gegen Russland erst dann vollständig aufzuheben und die Beziehungen erst dann zu normalisieren, wenn Moskau einen Friedensvertrag unterzeichnet, der für Kiew akzeptabel ist.

Diese Formel verbindet also strategischen Pragmatismus mit politischen Prinzipien. Der Frieden in der Ukraine darf nicht zur Geisel von Kriegszielen geraten, die – wie moralisch gerechtfertigt sie auch sein mögen – wahrscheinlich unerreichbar sind. Gleichzeitig sollte der Westen die russische Aggression nicht dadurch belohnen, dass er die Ukraine zwingt, gewaltsame Gebietsverluste dauerhaft zu akzeptieren. Die Lösung besteht darin, den Krieg zu beenden und zugleich die endgültige Verfügung über das noch von Russland besetzte Land zu vertagen. Selbst wenn ein Waffenstillstand hielte und ein diplomatischer Prozess begonnen

hätte, sollten die Nato-Staaten die Ukraine weiter bewaffnen. Das würde bei Kiew alle Zweifel beseitigen, dass die Einhaltung des diplomatischen Fahrplans ein Ende der militärischen Unterstützung bedeuten würde. Mehr noch: Für den Fall, dass Putin den Waffenstillstand verletzt, während die Ukraine sich an ihn hält, könnten die USA Kiew versichern, dass sie die Waffenlieferungen weiter erhöhen und die Ukraine von Beschränkungen zum Angriff auf Ziele innerhalb Russlands, von denen die Attacken ausgehen, befreien würden. Sollte Putin eine klare Gelegenheit zur Beendigung des Krieges ausschlagen, würden die westlichen Regierungen für eine solche zusätzliche Unterstützung der Ukraine einen erneuerten öffentlichen Zuspruch erfahren.

Als weiteren Anreiz sollte der Westen der Ukraine einen formalisierten Sicherheitspakt anbieten. Obwohl die Nato der Ukraine kaum die Mitgliedschaft anbieten wird – ein entsprechender Konsens innerhalb der Allianz scheint einstweilen unerreichbar –, könnten Nato-Mitglieder, darunter die USA, ein Sicherheitsabkommen mit der Ukraine abschließen, das ihr angemessene Mittel zur Selbstverteidigung zusichert. Dieses Abkommen würde zwar hinter einer unangreifbaren Sicherheitsgarantie zurückbleiben, könnte aber Israels Verteidigungsbeziehungen mit den USA gleichen oder dem Verhältnis, das Finnland und Schweden zur Nato unterhielten, bevor sie sich zum Beitritt entschlossen. Es könnte auch eine Bestimmung vergleichbar dem Artikel 4 des Nato-Vertrags enthalten, der Beratungen vorsieht, sobald ein Mitglied seine territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit oder Sicherheit bedroht sieht. Parallel dazu sollte die EU einen langfristig ausgelegten Pakt zur wirtschaftlichen Unterstützung ausarbeiten sowie einen Zeitplan für den EU-Beitritt vorschlagen und der Ukraine so garantieren, dass sie sich auf dem Weg zur vollständigen EU-Integration befindet. Auch unter den bestmöglichen Umständen stehen die Ukrainer vor schweren Zeiten. Die EU-Mitgliedschaft würde ihnen das Licht am Ende des Tunnels bieten, das sie so sehr zu sehen verdienen.

Selbst mit diesen Anreizen könnten die Ukrainer die Forderung nach einem Waffenstillstand zurückweisen. Es wäre wohl nicht das erste Mal in der Geschichte, dass ein von US-Unterstützung abhängiger Partner sich dem Druck, seine Ziele herunterzuschrauben, verweigert. Aber sollte sich Kiew widersetzen, sieht die politische Realität so aus, dass die Unterstützung für die Ukraine in den USA und Europa nicht aufrechterhalten werden könnte, insbesondere falls Russland den Waffenstillstand akzeptieren würde. Der Ukraine bliebe keine andere Wahl, als einen Kurs mitzutragen, der ihr die nötige wirtschaftliche und militärische Unterstützung verschaffen würde, um die von ihr kontrollierten Gebiete zu sichern – den überwiegenden Teil des Landes –, und zugleich die gewaltsame Befreiung der russisch besetzten Gebiete vom Tisch nähme. Außerdem würde der Westen weiterhin Sanktionen und diplomatische Mittel nutzen, um die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen – jedoch am Verhandlungstisch, nicht auf dem Schlachtfeld.

Ein Ausweg aus der Sackgasse

Über ein Jahr lang hat der Westen es der Ukraine gestattet, den Erfolg zu definieren und die Kriegsziele des Westens zu bestimmen. Unabhängig davon, ob dieser Kurs zu Beginn des Krieges sinnvoll war oder nicht, kommt er nun an ein Ende. Er ist unklug, weil die Ziele der Ukraine in Konflikt mit anderen westlichen Interessen geraten. Und er lässt sich nicht durchhalten, weil die Kriegskosten steigen und die westlichen Gesellschaften und ihre Regierungen der andauernden Unterstützung überdrüssig werden. Als Weltmacht müssen die USA anerkennen, dass eine Maximaldefinition der im Krieg auf dem Spiel stehenden Interessen zu einer Politik geführt hat, die zunehmend mit anderen US-Prioritäten in Konflikt gerät. Die gute Nachricht lautet, dass es einen gangbaren Ausweg aus dieser Sackgasse gibt.

Der Westen sollte der Ukraine jetzt mehr helfen, damit sie sich verteidigen und auf dem Schlachtfeld vorrücken kann, um so später im Jahr die bestmögliche Position am Verhandlungstisch einnehmen zu können. In der Zwischenzeit sollte Washington einen diplomatischen Kurs abstecken, der die Überlebensfähigkeit der Ukraine in ihren De-facto-Grenzen sichert – bei gleichzeitigen Bemühungen, langfristig die territoriale Integrität des Landes wiederherzustellen. Dieser Ansatz mag für die einen zu viel und für die anderen zu wenig sein. Aber anders als die Alternativen bietet er den Vorzug, das Wünschenswerte mit dem Machbaren zu verbinden.

Themen: [Krieg und Frieden](#), [Russland](#), [USA](#)

Aus: [»Blätter« 6/2023](#), S. 74-82